

Welt, 11.07.2020

BEHÖRDEN SEHEN RADIKALISIERUNG - Klimaschutz? Systemwechsel!

Von Ibrahim Naber, Curd Wunderlich, Lennart Pfahler

Am 23. Juni fliegen im Hambacher Forst wieder einmal Böller auf Polizisten. Eine Frau versucht, einen Beamten zu beißen, ein Mannschaftswagen wird mit Exkrementen beschmiert. So hält es die Polizei später fest. Seit Jahren gilt „Hambi“, der Wald, als Symbol für den Kampf zwischen Klimaschützern und der Kohlebranche. Zwischen den Bäumen mischen Anhänger der führenden Bewegungen um Fridays for Future und Ende Gelände mit. Längst steht ein Kompromiss: Hambi bleibt. Doch selbst ernannte Aktivisten führen den Protest weiter – und die amtliche Bilanz nach knapp zwei Jahren lautet: 2994 Straftaten, darunter 39 Brandstiftungen und 58 Körperverletzungen. Das teilt das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen auf Anfrage mit.

Polizisten sind mittlerweile auch im Einsatz, um Mitarbeiter des Eigentümers und Energieriesen RWE zu schützen. „Der Hambacher Forst hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Schwerpunkt linksextremistischer Straftaten entwickelt, bei denen auch Körperverletzungen Dritter (Mitarbeiter der RWE Power AG oder Polizisten) in Kauf genommen werden“, heißt es in einer Analyse des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), die WELT vorliegt. Die Besetzerszene umfasse „zivildemokratische Aktivisten, militante Umweltaktivisten und gewaltorientierte Linksextremisten, darunter Autonome aus dem Bundesgebiet und dem europäischen Ausland“.

Nicht nur im Hambacher Forst, sondern auch an anderen Protestorten haben sich die Fronten verhärtet. Seit der Bundestag vor wenigen Tagen den Kohleausstieg bis 2038 verkündete, ist die Stimmung in der Szene aufgeladen. Der Ausstieg komme viel zu spät, meinen Aktivisten. Das Aktionsbündnis Ende Gelände ruft zum „Systemwandel“ auf. Innerhalb der Gruppierungen stellen Radikale in Chatgruppen die bisherige Strategie infrage. Sie scheinen in immer größeren Zahlen zu militanteren Protestformen überzugehen. Offen ist: Wer setzt sich durch? Inwieweit distanziert sich die überwiegend gemäßigte Fridays-Bewegung von Extremisten? Wo ziehen die Aktivisten die Grenze zwischen demokratischem Protest und kommunistischen Umsturzfantasien?

Ende Gelände linksextrem? „Verfassungsschutz abschaffen!“

Schon im Mai sorgten diese Fragen für Diskussionen. Der Berliner Verfassungsschutz hatte eine Ortsgruppe von Ende Gelände in seinem Jahresbericht als linksextremistisch eingestuft. Extremisten würden die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung nutzen, um eine „gezielte Diskreditierung von Staatlichkeit“ durchzusetzen. „Darüber hinaus versuchen sie, die – zumeist jungen – Klimaakteure zu vereinnahmen und zu radikalisieren“, heißt es in dem Bericht. Auch das BfV warnte unlängst vor einer Unterwanderung. Insbesondere sei die bundesweit agierende linksextremistische Organisation „Interventionistische Linke“ (IL) maßgeblich in viele Aktivitäten involviert. Über Ende Gelände finde die IL Anschluss an gesellschaftlich relevante Themen.

Auf Anfrage bestätigt Ende Gelände die Verbindungen zur IL. Als Bündnis handele man basisdemokratisch „unsere Ziele und unsere Wege dorthin“ aus: „Die Interventionistische Linke ist Teil davon.“ Von den Einstufungen der Verfassungsschützer zeigt sich Ende Gelände einigermaßen unbeeindruckt: „Von einer Behörde, die systematisch rechte Machenschaften deckt, lassen wir uns nicht diktieren, wie demokratischer Protest auszusehen hat.“ Aus Solidarität für das Bündnis forderten Jusos, Grüne Jugend und Linksjugend Ende Mai die Auflösung des Verfassungsschutzes.

Ende Gelände: Nicht legal, aber legitim?

Noch immer erhält Ende Gelände auch Rückendeckung von Parlamentariern. Zu den Unterstützern der Gruppe gehört auch Lisa Badum, klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Badum attestiert Ende Gelände im Gespräch mit WELT eine „sehr friedliche Art des Protests“. Es gebe „Konsens, dass friedlich vorgegangen wird“. „Wichtig ist für mich, dass der Protest sich in einem legalen Rahmen, also innerhalb der geltenden Gesetze, bewegt“, so Badum, die 2019 zusammen mit anderen Bundestagsabgeordneten eine „Soli-Erklärung“ für „Ende Gelände“ unterschrieben hat.

Dass Badum in Bezug auf die Proteste des Bündnisses ausgerechnet einen „legalen Rahmen“ als Maßstab nennt, ist einigermaßen kurios. Denn Ende Gelände überschreitet immer wieder ganz bewusst Grenzen – mit Ansage: „Unsere Aktionen mögen nicht legal sein, aber legitim sind sie allemal“, heißt es in einem Beitrag auf der eigenen Homepage. Auszug einer anderen Passage: „Es entspricht der Tradition des zivilen Ungehorsams, dem formalen Recht eine eigene, breitere Form der Legitimität von unten entgegenzustellen.“ Es klingt wie: Wir kennen das Gesetz, aber es berührt uns nicht. Die Rettung des Planeten heiligt unsere Mittel.

Geht es um Protestaktionen, propagiert Ende Gelände immer wieder „zivilen Ungehorsam“. Der Begriff ist zum Mantra der Aktivisten geworden, und nicht selten dient er ihnen als Deckmantel. Verfassungsschützer erkennen eine Instrumentalisierung des Begriffs durch Linksextremisten. „Militante Widerstandshandlungen verklären sie mit einem ‘natürlichen Recht auf Widerstand’“, hält das BfV fest.

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Professor Alexander Straßner von der Universität Regensburg sieht eine rote Linie überschritten. „Für die ureigenen Ansprüche zu streiten ist so lange legitim, wie man sich auf dem Boden von Rechtsstaatlichkeit bewegt. Aber wer manifeste Gewalt ausübt und die eigene Anschauung absolut setzt, handelt extremistisch“, sagt Straßner.

Fakt ist: Immer wieder verstoßen Klimaaktivisten bei Protesten gegen das Gesetz. Deutlich wurde diese Entwicklung vor allem im Hambacher Forst. Dort sei der „gewaltbereite Teil der Besetzerszene“ mittlerweile bestimmend, analysiert das BfV. Am 26. Juni 2020 kam es laut dem Innenministerium in NRW zu einem schwerwiegenden Vorfall: Ein Aktivist stieß einen RWE-Mitarbeiter auf einen Bagger, sodass dieser rückwärts auf die Treppe des Gefährts fiel. Dabei sei die Kniescheibe des Opfers herausgesprungen. Darüber hinaus sei es immer wieder zu Steinwürfen und Brandanschlägen gegen Sicherheitskräfte gekommen.

Trotz der Ausschreitungen bleibt die Solidarität für die Hambacher Besetzer groß. Lorenz Gösta Beutin, Sprecher für Klimapolitik bei der Linksfraktion im Bundestag, nennt Angriffe auf Menschen „nicht legitim“ – schränkt aber ein: „Wenn es denn so gewesen sein sollte.“ Berichten von Polizei, Verfassungsschutz und RWE-Mitarbeitern bringt der Politiker offenbar wenig Vertrauen entgegen.

Die Massenbewegung Fridays for Future, die zu Hochzeiten Hunderttausende Demonstranten mobilisierte, stellt diese Radikalisierung vor schwierige Fragen. Auf der einen Seite verweisen führende Aktivisten auf die eigene Anschlussfähigkeit. Fridays for Future will eine Bewegung sein, bei der Menschen aller politischer Couleur mitmachen können. Auf der anderen Seite ist eine Distanzierung von militanten Mitstreitern bislang ausgeblieben. Die Türen bleiben offen – auch für Anhänger von Ende Gelände und damit der IL.

Wie viel Extremismus will Fridays for Future in den eigenen Reihen zulassen? Wo sind rote Linien? Auf Anfrage bleibt Sprecherin Carla Reemtsma vage. Wer gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung sei und für die Menschenrechte und Demokratie, sei „herzlich willkommen“.

Wegen des Versammlungsrechtes sei es auch gar nicht möglich, Personen von Protestaktionen auszuschließen.

In den öffentlichen Chatgruppen von Fridays for Future sind radikale Positionen schon jetzt keine Seltenheit. Das Spektrum reicht von Lenin-Verehrung bis hin zu Gewaltfantasien gegen Polizisten. Immer wieder beginnen Diskussionen, welche Protestformen legitim seien. „Wir sind nicht mehr die naiven Kinder, die im Januar 2019 ihre Zukunft gehüpft haben“ (sic), schreibt da etwa ein Mitglied, „wir sind verdammt wütend, dass niemand handelt, obwohl wir mit Millionen Menschen und breiter Unterstützung auf der Straße waren.“ Dass neue Aktionsformen hermussten, sei klar. „Dass wir dabei auch mit den Cops Stress bekommen, auch.“

Es sei etwa „legitim, den Cop zu boxen“, um Festnahmen zu verhindern, befindet derselbe Nutzer im Laufe der Diskussion – und fragt: „Du kommst doch sicherlich auch einem Freund zu Hilfe, wenn er in der Kneipe von irgendwelchen Assis doof angemacht wird?“ Andere halten dagegen: „Gewalt bringt uns nicht voran und schadet unserem Ansehen bei vielen Menschen.“ Sie, die Gemäßigten, haben bei Fridays for Future noch das Sagen. Aber Zwischenrufe von Radikalen werden lauter.

„Change for Future“ nennt sich eine kommunistisch geprägte Splittergruppe innerhalb des Bündnisses. In einer Telefonkonferenz kritisierten die Aktivisten in der vergangenen Woche den „Stillstand“ bei Fridays for Future. Es sei eine „illusionäre Vorstellung“, man könne sich der bürgerlichen Regierung zuwenden und die Umweltfrage „mit Mitteln des Kapitalismus“ lösen, heißt es in einem Protokoll. Der Plan: Antikapitalistische Positionen müssten „von INNEN in die Bewegung reingetragen werden“. Signale, die auch bei Mitstreitern ankommen. Sina Reisch, Sprecherin von Ende Gelände, resümierte in einem Video der „taz“: „In der Klimabewegung sind noch nicht alle antikapitalistisch. Aber es entwickelt sich schon in eine gute Richtung.“

Auch Politologe Straßner hält das für plausibel. Das Gros der deutschen Klimabewegung schlage gemäßigte Töne an und sei diskursbereit. Allerdings rechne er damit, dass die Ränder kurzfristig noch radikaler werden. „Sie bekommen die größte Aufmerksamkeit und begeben sich dann, einer gewissen Verwertungslogik folgend, in einen Überbietungswettbewerb um den radikalsten Standpunkt“, erklärt der Extremismusexperte.

Verfassungsschützer beobachten schon jetzt, dass sich Organisationen aus dem dogmatischen Linksextremismus unter die Klimabewegung mischen. „Zu nennen sind hier vor allem die MLPD und ihr Jugendverband ‘REBELL’“, hält das BfV fest. Sie würden versuchen, ihr Ziel der „Systemüberwindung“ in den Bewegungen zu etablieren. Wichtig ist hier: Zumindest einzelne Ortsgruppen von Fridays for Future haben sich bereits deutlich von der MLPD distanziert.

Dennoch finden Forderungen nach einem Systemwechsel auch bei gemäßigten Klimaaktivisten Gehör. Aber was ist damit eigentlich gemeint? Das BfV definiert „Systemwechsel“ als den Wunsch nach einem „Sturz des ‘kapitalistischen Gesellschaftssystems’“ und nach einer „politischen Neuordnung im Sinne ihrer jeweils vertretenen Ideologie“. Aus linksextremistischer Sicht umfasse der Begriff „Kapitalismus“ nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern das gesamte politische System und damit nicht zuletzt auch die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Grünen-Politikerin Badum hält das Stellen der Systemfrage dennoch für legitim. Beutin von der Linkspartei hält den „system change“ gar für unabdingbar: „Wir werden nicht drum herumkommen, unsere Art und Weise, zu leben, zu konsumieren und zu produzieren, grundlegend zu ändern.“

Ende Gelände hat eigene Pläne. Auf Nachfrage von WELT erklärt Aktivistin Paula Eisner, es gehe ihnen um „eine postkapitalistische Gesellschaft, in der Gleichwertigkeit und ein gutes Leben für alle im Zentrum stehen“. Wie genau das aussehen soll, dafür gebe es keinen Masterplan.

„Erste Orte, an denen wir unsere Utopien realisieren, sind die Klimacamps, von denen aus unsere Aktionen starten.“ Der Protest geht weiter, schon Ende September steht die nächste Massenaktion im rheinischen Braunkohlerevier bevor. So kündigt es Ende Gelände auf der eigenen Homepage an und prophezeit: „Es wird ein ungehorsamer Sommer wie noch nie.“